

## X2NEU Bayern auf links drehen – Unsere Vision eines gerechten Freistaats!

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 9 Anträge

1 Bayern auf links drehen – Unsere Vision eines gerechten Freistaats!

2 Überall nur Baustellen. Söder möchte Bayern zwar gerne als das beste Bundesland  
3 der Welt anpreisen, aber lieber Markus, dafür gibt es noch viel zu tun. Statt  
4 auf Krisen nur ein Pflaster zu kleben und zu schauen, ob das schon genug hilft,  
5 hätten wir ein paar Vorschläge, die tatsächlich an die Wurzel der Probleme gehen  
6 und für echte Veränderung sorgen.

7 Damit das gute Leben für alle in Bayern ankommt.

8 Bildung

9 Das Bildungssystem in Bayern richtet sich nach Leistung und Selektion. Noch  
10 immer entscheidet der Geldbeutel über Bildungsqualität und -erfolg. Um  
11 Ungerechtigkeiten entgegenzuwirken, muss Bildung für alle gut sein – unabhängig  
12 von sozialem Status oder Hintergrund.

13 Starre Notenvergabe, das dreigliedrige Schulsystem und die fehlende individuelle  
14 Betreuung machen es unmöglich, gute Bildung für alle zu garantieren. Wir fordern  
15 daher unter anderem die Einführung von flächendeckenden und qualitativ  
16 hochwertigen Ganztagsangeboten in allen Schulformen. Dadurch sollen alle  
17 Schüler\*in- nen, unabhängig vom Bildungsstand und den finanziellen Mitteln ihrer  
18 Eltern, Zugang zu Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe, Freizeitangeboten sowie  
19 einem ruhigen und sicheren Lernort bekommen können. Neben der Bekämpfung des  
20 Lehrkräftemangels benötigt es zusätzlich spezialisierte Fachkräfte, die ein  
21 gemeinsames, produktives Lernen jenseits der Leistungsorientierung möglich  
22 machen. Genauso müssen Querschnittsthemen wie Diversität und Rassismus einen  
23 Platz im Lehrplan finden. Wir benötigen außerdem eine Abkehr von der Sexual- und  
24 Familienaufklärung aus rein heteronormativer und reproduktiver Sicht. Der  
25 schulische Sexualkundeunterricht benötigt eine gendersensible Neuausrichtung,  
26 und die Durchführung muss zugunsten guter Aufklärung mit- hilfe von  
27 außerschulischen Akteur\*innen und Sexualpädagog\*innen bestritten werden.  
28 Inklusion muss nicht nur Teil des Lehramtsstudiums sein, groß angelegte  
29 Investitionen müssen den Weg zu einem inklusivem Bildungssystem bereiten, das  
30 wirklich barrierefrei funktioniert. Dazu gehört auch die Grundsatzinvestition,  
31 marode Schulhäuser in ganz Bayern zu modernisieren und zu angenehmen Lehrräumen  
32 zu machen sowie alle Lehrer\*innen, unabhängig von der von ihnen unterrichtete  
33 Schulart, gut zu bezahlen. Schüler\*innen, Studierende und Auszubildende sind  
34 außerdem auf einen vorhandenen, funktionierenden und kostenfreien ÖPNV  
35 angewiesen.

36 Auszubildende sind keine billigen Arbeitskräfte, sondern sollen in ihrer  
37 Ausbildung das Handwerk erlernen. Deswegen müssen Menschen in der Ausbildung  
38 über ihre Arbeitsrechte aufgeklärt werden, unter anderem an einem  
39 Gewerkschaftsinformationstag an Schulen, sowie durch gut geschulte Lehrkräfte.  
40 Genauso braucht es eine Arbeitszeitverkürzung bei steigender  
41 Ausbildungsvergütung. Außerdem muss es immer möglich sein, eine Ausbildung ohne  
42 Schulgebühren zu absolvieren – nur so werden Ausbildungen attraktiver. Dazu

43 gehört außerdem eine angemessene Möglichkeit zur Berufsorientierungen mit  
44 praktischem Bezug an Schulen, auch an Gymnasien. Außerdem wollen wir in Bayern  
45 eine umlagefinanzierte Ausbildungsvergütung schaffen, sodass Unternehmen und  
46 Betriebe, die nicht ausbilden, an den finanziellen Kosten beteiligt werden.

47 Studieren muss für alle möglich sein. Dafür benötigt es ein deutlich höheres  
48 BAföG und eine Lebenssituation, die ein stressfreies Studieren möglich macht,  
49 ohne Angst vor Mietanhebungen, Förderfristen, unflexiblen Lernzeiten und -orten  
50 oder zukünftiger Arbeitslosigkeit. Beschäftigte an einer Hochschule verdienen  
51 bessere und langfristige Arbeitsbedingungen sowie instandgehaltene  
52 Räumlichkeiten und Materialien, um die Qualität der Lehre zu sichern. Ebenso  
53 müssen Hochschulgremien paritätisch besetzt und ihre Arbeit durch  
54 Antidiskriminierungsstellen unterstützt werden. Auch die Studierenden müssen  
55 sich einbringen können, denn nur eine starke Vertretung der Studierenden mit  
56 klaren Kompetenzen kann sich spürbar für mehr soziale Gerechtigkeit einsetzen  
57 und im Interesse der Studierenden verhandeln. Deswegen wollen wir eine  
58 Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaft. Hochschulen haben eine  
59 gesellschaftliche Verantwortung, durch Forschung können sie einen großen  
60 wissenschaftlichen Beitrag für Lösungen der sozial-ökologischen Krisen liefern,  
61 und dieser können sie nur mit einer angemessenen Ausstattung gerecht werden.

## 62 Chancengleichheit

63 Horst Seehofer, früherer Bundesinnenminister propagierte einst ANKER-Zentren als  
64 Non-Plus-Ultra und rühmte sich mit angeblich bürokratisch einfachen Verfahren.  
65 Doch die Realität ist, dass die CSU in der bayerischen Staatsregierung seit  
66 langem ungeschlagen darin ist, immer wieder Grundrechte für Asylsuchende  
67 auszuhebeln und restriktive Wege zu suchen diese gesetzlich zu etablieren.  
68 Doch wir, als GRÜNE JUGEND Bayern machen Schluss mit menschenunwürdiger  
69 Integrationspolitik: Deshalb fordern wir die sofortige Abschaffung von ANKER-  
70 Zentren, sowie die Abschaffung von Abschiebe- und Rückführungshaft, und Racial  
71 Profiling in Grenzkontrollen, um eine menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten  
72 und Menschen in Not zu garantieren. Um eine gelungene Integration zu  
73 ermöglichen, benötigt es zudem niederschwellige Zugangswege zu Sprach- und  
74 Integrationskursen, Schulen, Hochschulen sowie Ausbildungsstätten von Anfang an.  
75 Hierfür müssen bestehende Angebote ausgebaut und mit Maßnahmen zur  
76 Integrationshilfe verbessert werden. Hürden für Geflüchtete auf dem Arbeitsmarkt  
77 müssen schrittweise abgebaut werden. Hierfür müssen ausländische Abschlüsse  
78 anerkannt werden, sowie Sprach- und Integrationskurse ausgebaut werden. Um  
79 institutionellem Rassismus entgegenzuwirken, braucht Bayern endlich einen  
80 landesweiten Antirassistischen Aktionsplan.

81 Mehr als die Hälfte der bayerischen Bevölkerung lebt im ländlichen Raum. Doch  
82 das Gefälle zwischen Stadt und Land ist immer noch gravierend hoch! Wir als  
83 GRÜNE JUGEND Bayern wollen das ändern und endlich gleichwertige  
84 Lebensverhältnisse schaffen, vor allem für Jugendliche und junge Menschen im  
85 ländlichen Raum. Wir fordern deshalb den Ausbau von kostengünstigem ÖPNV und  
86 damit Bus und Bahn an jeder Milchkanne. Um echte Zukunftsperspektiven für junge  
87 Menschen auf dem Land zu schaffen, braucht es eine starke Infrastruktur im  
88 ländlichen Raum, Arbeitsplätze, bezahlbare Mieten und gute Lebensbedingungen. Um  
89 Leben auf dem Land für junge Menschen auch endlich attraktiv zu machen, braucht  
90 es eine lebendige Jugendkultur abseits von Vereinsmeierei, etwa durch  
91 konsumzwangfreie Jugendräume.

92 Damit wir, als junge Menschen auch bei uns vor Ort endlich mitentscheiden  
93 können, fordern wir die Abschaffung der Wahlaltergrenze und den Aufbau von  
94 Jugendparlamenten in jeder Gemeinde, denn Jugend ändert – auch auf dem Land!  
95 Doch auch Menschen ohne deutschen Pass sollten mitentscheiden können. Dass EU-  
96 Bürger\*innen bei Kommunalwahlen mitwählen dürfen, ist ein erster Schritt. Wier  
97 setzten uns dafür ein, dass alle Menschen die ihren Lebensmittelpunkt in Bayern  
98 haben das Wahlrecht erhalten.

#### 99 Feminismus und Queer

100 Noch immer leben wir im Patriarchat. Unter den Zwängen dieses Systems, welches  
101 Männern Herrschaft zuspricht, Frauen unterdrückt und anderen Geschlechtern und  
102 queeren Identitäten die Existenz abspricht, leiden wir alle. Jeden Tag versucht  
103 ein Mann, seine Partnerin oder Ex-Partnerin zu ermorden, jeden dritten Tag  
104 gelingt ein solcher Femizid. Häusliche und sexualisierte Gewalt sind in allen  
105 gesellschaftlichen Schichten eine Gefahr. Queere Personen können noch immer sehr  
106 häufig nicht zu ihrer Identität stehen, weil ihr Umfeld und die Gesellschaft für  
107 sie nicht sicher ist. Und wenn sie es tun, ist es mit vielen Widerständen und  
108 bedrohlichen Situationen verbunden. Queere Männer und FINTA\* Personen werden  
109 beleidigt oder erleben Übergriffe und Gewalt. Das Patriarchat spricht FINTA\*  
110 täglich die sexuelle und körperliche Selbstbestimmung ab: Sei es  
111 durcheingeschränkter Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen, fehlende Aufklärung  
112 über queeren Sex oder tausende Hürden für beispielsweise trans Personen, die  
113 geschlechtsangleichende Maßnahmen wünschen. Queere Menschen brauchen Beratung  
114 und Unterstützung anstatt von erniedrigenden Behördengängen und finanzieller  
115 Belastung. Um die Diskriminierung von queeren Personen effektiv zu bekämpfen,  
116 braucht Bayern als letztes Bundesland endlich einen Aktionsplan für die  
117 Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt. Viele überwiegend von Frauen  
118 ausgeübte Berufe, beispielsweise in der Pflege oder Pädagogik, stehen unter  
119 katastrophalen Arbeitsbedingungen. Hier müssen die Löhne rauf und die Stunden  
120 runter! Denn die zugeschriebene „Freude am Helfen“ machen systematischen Stress  
121 und körperliche Belastung nicht wett. Und auch queere Menschen erfahren zu  
122 häufig Diskriminierung am Arbeitsplatz.

123 Unser Ziel muss eine gleichberechtigte Gesellschaft sein, in der wir alle frei  
124 und sicher leben können, unabhängig von Geschlecht und Sexualität. Mit einem  
125 feministischen Bildungssystem, das schon Kinder in ihrer eigenen Grenzensetzung  
126 stärkt, über queere Themen aufklärt und sich aktiv gegen sexistisches und  
127 queerfeindliches Verhalten einsetzt, kann ein Großteil von Diskriminierung  
128 abgefangen werden. Gleichzeitig zeigt es jungen queeren Menschen und Mädchen,  
129 dass sie nicht Schuld haben daran, dass sich die Gesellschaft nicht passend für  
130 sie anfühlt.

131 Zudem braucht es mehr Schutz vor Gewalt. Frauenhäuser müssen ausgebaut und  
132 solide finanziert werden. Auch braucht es mehr queere Schutzorte und  
133 Beratungsstellen. So ist es beispielsweise ein Unding, dass queere Geflüchtete  
134 in Sammelunterkünften unterkommen müssen, in denen sie ihre wahre Identität oft  
135 verstecken müssen und Angst vor Diskriminierung haben.

136 Für uns steht fest, dass Schwangere das alleinige Recht darauf haben, zu  
137 bestimmen, was mit ihrem Körper geschieht. Natürlich muss die Gesetzgebung dafür  
138 bundesweit geregelt werden, doch in Bayern besteht eine extrem schlechte  
139 Versorgungssituation, durch die die Entscheidungsfreiheit eingeschränkt wird.

140 Wir fordern eine flächendeckende Versorgung und dass an allen bayerischen  
141 Universitätskliniken Schwangerschaftsabbrüche in das Leistungsspektrum  
142 aufgenommen wird. Außerdem gehören Schwangerschaftsabbrüche verpflichtend auf  
143 den Lehrplan des Humanmedizinstudiums.

#### 144 Gesundheit

145 Die Pandemie hat noch mal deutlich gezeigt: Unser Gesundheitssystem hat ein  
146 Problem. Pflegekräfte schieben andauernd Überstunden, Operationen müssen  
147 verschoben werden, Patient\*innen können kaum mitbestimmen und an einen  
148 Psychotherapieplatz zu kommen ist fast unmöglich. Gleichzeitig fahren Asklepios  
149 und Co. Millionengewinne ein.

150 Durch die schrittweise Privatisierung von Krankenhäusern, die Einführung des  
151 Fallpauschalensystems und den immer schlechteren Pflegeschlüssel wurde es für  
152 private Krankenhausbetreiber immer leichter, Profite auf Kosten unserer  
153 Gesundheit zu machen. Um die Versorgung wieder an dem zu orientieren, was  
154 tatsächlich gebraucht wird, braucht es eine Abkehr von der Profitlogik.

155 Wir brauchen viel bessere Arbeitsbedingungen inklusive progressivem  
156 Pflegeschlüssel, einer Aufwertung des Pflegeberufes in der Ausbildung und einem  
157 spürbar höheren Lohn. Dazu müssen Kliniken zurück in die kommunale Hand  
158 überführt und auskömmlich finanziert werden. Dafür fordern wir die  
159 Landesregierung dazu auf, das nötige Geld an die Kommunen zu zahlen, damit diese  
160 die privaten Krankenhäuser rückerwerben können. Die Frage, was vor Ort  
161 tatsächlich gebraucht wird, könnte ins Zentrum der Entscheidung rücken. Davon  
162 hätten wir alle etwas – gestalten wir das Gesundheitssystem neu, rücken wir  
163 Patient\*innen und Pflegekräfte in den Mittelpunkt!

164 Damit der ländliche Raum attraktiv bleibt, muss es eine dezentrale  
165 Gesundheitsversorgung geben. Wir setzen uns ein für dezentrale  
166 Gesundheitsversorgung auf dem Land.

167 Im Bereich der psychologischen Versorgung fehlt es hinten und vorne an  
168 verfügbarem Fachpersonal. Wir fordern die Einrichtung von Zentren für mentale  
169 Gesundheit, die vor allem niederschwellige Unterstützung im Falle von akuter  
170 psychischer Belastung bieten. Die mentale Gesundheit muss enttabuisiert werden,  
171 um Hemmschwellen abzubauen. Dazu fordern wir Psycholog\*innen in allen  
172 weiterführenden Schulen, sowie die Aufnahme von psychischen Krankheiten in den  
173 Biologieunterricht.

174 Wir setzen uns für die Legalisierung aller Drogen und umfangreiche Informations-  
175 sowie Präventionsmaßnahmen ein. Drogenkonsum birgt grundsätzlich verschiedene  
176 und zum Teil erhebliche Risiken, denen nach einer Legalisierung jedoch deutlich  
177 besser begegnet werden kann, um Konsument\*innen zu schützen. Auch in Bayern muss  
178 der rechtliche Rahmen geschaffen werden, um Kommunen und Bezirken die Möglichkeit  
179 zu geben, Drogenkonsumräume einzuführen.

#### 180 Inneres und Demokratie

181 Der Freistaat Bayern wird von der CSU gerne als das sicherste Bundesland  
182 betitelt. Dabei darf man sich immer die Frage stellen: Für wen ist dieses  
183 Bundesland vermeintlich sicher? Natürlich nicht für queere, migrantisierte,  
184 linke Menschen. Wir leben in einem repressiven (Frei)Staat, in dem der Zusatz  
185 „frei“ für viele nicht gilt. Als GRÜNE JUGEND Bayern stehen wir an der Seite der

186 Betroffenen von staatlicher Diskriminierung und Polizeigewalt, denn für viele  
187 Menschen in Bayern ist die Polizei schon lange keine Freund\*in und keine  
188 Helfer\*in mehr. Nach NSU, rechten Chatgruppen und immer mehr Vorfällen von  
189 Racial Profiling fehlt uns das Vertrauen in die Polizei. Wir fordern daher eine  
190 unabhängige Ermittlungsstelle für Fehlverhalten der Polizei sowie eine  
191 unabhängige Rassismusstudie in der Bayerischen Polizei. Gegen Racial Profiling  
192 muss konsequent vorgegangen werden. Das sicherheitsfeindliche  
193 Polizeiaufgabengesetz muss abgeschafft und durch ein progressives und  
194 demokratiewahrendes Gesetz ersetzt werden. Einzuführen ist dabei eine  
195 anonymisierte Kennzeichnungspflicht für Polizist\*innen. Es muss weiterhin ein  
196 liberales Versammlungsfreiheitsgesetz geschaffen werden, in dem unter anderem  
197 das Vermummungsverbot aufgehoben wird. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat  
198 bereits zu oft bewiesen, dass seine Strukturen und Personalebenen von Nazis und  
199 Rechtsextremen unterwandert sind und seine Praktiken unsere Gesellschaft nicht  
200 sicherer machen. Wir fordern daher die Überwindung des Verfassungsschutzes in  
201 Bayern. Die größte Gefahr für unsere Demokratie ist und bleibt der  
202 Rechtsextremismus. Die Landesregierung darf das nicht weiter verharmlosen und  
203 ignorieren, sondern muss endlich konsequent gegen diese Demokratie- und  
204 Menschenfeind\*innen durchgreifen. Eine konsequente Entwaffnung der  
205 Rechtsextremen und Reichsbürger\*innen ist dabei ein wichtiger Schritt.

206 Für die Betroffenen von staatlicher und nichtstaatlicher Diskriminierung muss  
207 endlich eine Antidiskriminierungsstelle durch die Landesregierung geschaffen  
208 werden. Wir stehen klar für offene Grenzen und streben eine Welt ohne  
209 Staatsgrenzen an. Grenzkontrollen jeglicher Form lehnen wir ab.

210 Wir streiten für eine erste Senkung des Wahlalters bei allen Wahlen auf 16.  
211 Perspektivisch streben wir eine Absenkung auf 0 Jahre an. Weitere Beteiligung  
212 junger Menschen, beispielsweise durch starke Jugendparlamente und Jugendbeiräte,  
213 muss auf kommunalen Ebenen gesetzlich verankert und mit der nötigen  
214 Durchsetzungskraft ausgestattet werden.

## 215 Kultur

216 Kultur ist ein wichtiger Bestandteil unser aller Leben. Sei es zur Unterhaltung  
217 und Ablenkung in schwierigen Zeiten oder als Möglichkeit, politische Botschaften  
218 zu übermitteln. Erinnerungskultur ist insbesondere in Deutschland von immenser  
219 Bedeutung. Ohne Kultur wäre unser Alltag, unsere Städte und unser Zusammenleben  
220 sehr viel trister. Die Kulturschaffenden haben in den letzten Jahren durch  
221 Lockdowns und sehr harte Beschränkungen stark gelitten und viele hatten mit  
222 Existenzängsten zu kämpfen.

223 Kulturschaffende leben eben nicht von Applaus und den belegten Brötchen im  
224 Backstage. Deswegen braucht es verbindliche Mindestgagen und Mindesthonorare für  
225 die gesamte Branche. So kann Ausbeutung vermieden werden und Kulturschaffenden  
226 wird ermöglicht, tatsächlich von ihrer Kunst zu leben, statt noch auf Nebenjobs  
227 angewiesen zu sein. Auch eine soziale Absicherung ist dringend nötig für alle  
228 Formen der Beschäftigung in diesem Sektor. So können Ängste genommen werden und  
229 es bleibt Zeit sich dem eigenen Schaffen zu widmen.

230 Deutschland sieht sich gerne als Land der Dichter\*innen und Denker\*innen. Doch  
231 nicht nur Hochkultur hat hier einen Platz. In Bayern gibt es auch nicht nur  
232 Blasmusik. Nein, es gibt große Szenen an Subkultur, von der Tanz-, Literatur-  
233 und Musikszene bis hin zu Digitalkunst oder Film. Kreatives Schaffen ist so

234 unterschiedlich wie die Schaffenden selbst. Diese Vielfalt braucht es und  
235 deswegen muss sie unterstützt werden. Öffentlich geförderte Kultureinrichtungen  
236 und -projekte und auch der Staat als Arbeitgeber sollen ihre Mittel in  
237 verschiedene Kunstformen investieren. Auch die sogenannte "Freie Szene" sollte  
238 stärker in den Fokus der Kulturförderung rücken. Durch ihre Ressourcen können  
239 sie Diversität in der Kulturszene fördern.

240 Ein wichtiges Instrument in der Kulturlandschaft Bayerns ist der Rundfunkrat des  
241 Bayerischen Rundfunks. Der Rundfunkrat kontrolliert, ob die Programmgrundsätze  
242 eingehalten werden, und kann die Intendanz wählen und beraten. Also ein Gremium,  
243 das einen großen Einfluss auf die bayerische Medienlandschaft hat. Doch von den  
244 50 Mitgliedern ist nur eine Person nicht weiß und nur eine Person hat eine  
245 Behinderung. Ebenfalls sind Frauen deutlich in der Unterzahl. Das  
246 Bundesverfassungsgericht fordert gesellschaftliche Diversität und Parität in  
247 Aufsichtsgremien. Wann zieht Bayern also nach? Wir fordern einen diversen und  
248 paritätischen Rundfunkrat, denn so wird auch unsere Medienlandschaft  
249 vielfältiger und gleichberechtigter.

#### 250 Mobilität und Klima

251 Die Klimakrise ist da! Häufigere Hitzewellen und stärkere und öfter vorkommende  
252 Starkregen- und Unwetterereignisse sind inzwischen in jedem Sommer ein  
253 bestimmendes Thema. Trotzdem scheint Klimaschutz immer noch optional zu sein.  
254 Aber es gilt jetzt zu handeln, um die Klimakatastrophe noch aufzuhalten. Dazu  
255 benötigt es vor allem auch in Bayern Anstrengungen, die zu einer Reduktion des  
256 CO<sub>2</sub>-Ausstoßes beitragen und Bayern bis 2035 klimaneutral machen.

257 In der Landwirtschaft gibt es noch viel unabgerufenes Potenzial auf mehr  
258 Klimaneutralität zu setzen. So könnte der Einsatz von erneuerbaren Energien,  
259 mehr Humusaufbau, eine Renaturierung von Mooren oder mehr Forschung im Bereich  
260 klimafreundlicher Tierhaltung Großes bewirken.

261 Die Energiekrise ist ein Weckruf für uns alle: fossile Energien haben  
262 ausgedient. Statt auf die teuren LNG-Terminals zu hoffen, durch die Gas bis nach  
263 Bayern transportiert wird, muss vor Ort gehandelt werden. Das bedeutet: Weg mit  
264 der 10-H-Regel, die den Ausbau erneuerbarer Energien behindert. Windräder müssen  
265 schnell genehmigt und schnell gebaut werden. Außerdem muss Schluss sein mit der  
266 unsinnigen Debatte über Atomkraftwerke: Isar 2 muss abgeschaltet werden und  
267 abgeschaltet bleiben!

268 Verkehrspolitik in Bayern bedeutet seit Jahrzehnten Interessensvertretung für  
269 BMW und Audi. Das kostet Platz in den Innenstädten, sorgt für viele CO<sub>2</sub>-  
270 Emissionen und ist sozial ungerecht. Wir müssen den Fokus vom Auto weglenken auf  
271 andere Verkehrsmittel: Statt neuen Straßen benötigen wir einen Ausbau der  
272 öffentlichen Angebote, statt günstigen Parkplätzen in der Innenstadt breite und  
273 sichere Radwege. Deshalb fordern wir ein Moratorium für den Straßenneu- und  
274 ausbau und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in ganz Bayern! Dazu gehört  
275 auch, dass Bau und Planung der zweiten Stammstrecke in München beendet werden.  
276 Stattdessen sollen Nord- und Südring zügig ausgebaut werden, um den Menschen  
277 weit vor Ende der 2030er-Jahre Entlastung zu bringen. Die freiwerdenden Mittel  
278 sollen in den Ausbau von Schieneninfrastruktur in Bayern investiert werden. Wir  
279 fordern die Reaktivierung aller stillgelegten Bahnstrecken in ganz Bayern und  
280 eine großzügige finanzielle Unterstützung von Straßenbahnprojekten in den  
281 Kommunen. Der ländliche Raum muss endlich ein angemessenes, klimafreundliches

282 Mobilitätsangebot jenseits des eigenen, fossil motorisierten Autos bekommen.  
283 Dafür muss jeder Ort jeden Tag zwischen 5 und 24 Uhr mindestens eine stündliche  
284 ÖPNV-Anbindung haben. Außerdem wollen wir auch auf dem Land Radwege massiv  
285 ausbauen und Elektro-Carsharing fördern. Wir wollen eine Verkehrspolitik, die  
286 alle Menschen abholt!

287 Ein Nahverkehrsticket für ganz Bayern und Deutschland – unkompliziert und  
288 billig? Dass das funktioniert, hat das 9-€-Ticket bereits im Sommer bewiesen. Der  
289 Nahverkehr muss für alle Menschen bezahlbar sein. Deshalb fordern wir ein  
290 Ticket, dass sich alle leisten können. Wir wollen weiterfahren!

## 291 Soziales

292 Soziale Krisen scheinen allgegenwärtig. Das kapitalistische System sorgt für  
293 eine immer weiterwachsende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich. Sogar die  
294 Grundbedürfnisse eines großen Teils der Menschen sind nicht mehr gedeckt.  
295 Steigende Lebensmittelpreise, unerträglich hohe Mobilitätskosten und Mieten, die  
296 nicht mehr bezahlbar sind, führen zu der sozialen Krise, in der wir uns  
297 befinden. Dem müssen wir durch ein soziales Miteinander entgegenwirken. Hierfür  
298 ist ein staatliches Umverteilungsprogramm notwendig.

299 Wichtige Akteur\*innen der Sozialpolitik sind die Kommunen. Doch vielen Städten  
300 und Gemeinden, die sich aktiv um die Menschen kümmern wollen, wird ein Riegel  
301 vorgeschoben. Anstatt die finanzielle Ausstattung der chronisch  
302 unterfinanzierten Kommunen zu verbessern, wird erwartet, dass diese die Gebühren  
303 von freiwilligen Leistungen erhöhen. Doch gerade Stadtbibliotheken, Musikschulen  
304 und Jugendarbeit tragen einen unermesslichen Beitrag, dass von Armut betroffene  
305 Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Wir fordern, dass die  
306 nächste Staatsregierung die finanziellen Mittel der Kommunen massiv erhöht!

307 Die bisherigen staatlichen Sicherungssysteme reichen nicht für ein  
308 menschenwürdiges Leben. Von den Betroffenen wird erwartet, dass sie ihr gesamtes  
309 Privatleben offenlegen, um Hilfe zu erhalten. Wenn sich Hilfebedürftige gegen  
310 prekäre Jobs und Ausbeutung entscheiden, wird die Hilfe gekürzt. Unter dem  
311 Deckmantel der Unterstützung findet ein Erziehungsprogramm statt. Das kann kein  
312 Modell für ein solidarisches Miteinander sein. Gerade in Zeiten der Krise ist  
313 der Staat in der Verantwortung, Arbeitsplätze zu schaffen. Der größte  
314 Arbeitgeber in Bayern ist der Staat selbst. Eine Jobgarantie für alle Menschen,  
315 die sich unfreiwillig in der Arbeitslosigkeit befinden, wäre ein Gewinn für  
316 beide Seiten; sowohl für die unterbesetzten Kommunen und staatlichen Ämter als  
317 auch für die Menschen. Wir fordern, dass der Staat dem wirtschaftlichen  
318 Abschwung entgegenwirkt, Stellen schafft und kräftig in die öffentliche Hand  
319 investiert. Außerdem braucht es endlich ein umfassendes bayerisches  
320 Tarifreuegesetz. So entstehen sichere und angemessen bezahlte Jobs vor Ort!

321  
322 Auch der Wohnraum in Bayerns Städten wird immer teurer und verschärft die  
323 soziale Lage. Der Freistaat Bayern sollte sich deswegen im Länderrat für einen  
324 Mietenstopp einsetzen. Nach dem die Bayerische Landesbank 2012 Tausende von  
325 Wohnungen privatisierte und an die Dawonia (Patrizia) statt an die Kommunen  
326 verkaufte ist es an der Zeit diesen Fehler zu korrigieren. Der Freistaat muss  
327 deswegen den Bau neuer Sozialwohnungen in staatlicher Hand beschleunigen. Doch  
328 solange Konzerne die Marktmacht behalten werden Neubauten allein nicht reichen.  
329 Der Freistaat muss die Kommunen mit ausreichend finanziellen Mitteln ausstatten

330 um langfristig den privatisierten Wohnraum zurück zu kaufen. Nur wenn sich  
331 Wohnraum in öffentlicher Hand befindet können wir allen das Grundrecht auf ein  
332 Zuhause gewährleisten!

## Begründung

Wir sind in Bayern politisch aktiv. Doch auf was arbeiten wir eigentlich hin? Was sind unsere Ziele?  
Und vor allem: Wie kommen wir da hin?

In diesem Antrag sollen die Grundpfeiler unserer politischen Arbeit auf Landesebene festgesteckt werden. Kein Anspruch auf Vollständigkeit, denn kein Blatt der Welt wäre groß genug, um alle Projekte, die in Bayern verschlafen wurden, darauf zu schreiben. Aber dieser Antrag ist ein guter Start.